Heute unter anderem zu folgenden Themen: Bruttoverdienste sinken erstmals seit Gründung der Bundesrepublik; Geringverdiener; Westerwelle rechnet falsch; soziales Europa; soziale Innovation durch Betriebsräte; deutsches Lohndumping sprengt Währungsunion; geschröpfte Schweine; EZB will Ratingagenturen beschneiden; Reprivatisierungsgewinne; Datenschutz; BASF braucht Amflora; Finanzdienstleister spenden an CDU; NRW-Wahl; prekäre Beschäftigung auf dem Weiterbildungsmarkt; Bafög-Ausweitung statt Stipendien; Östereichs Unis. (RS/WL)

1. 2009: Bruttoverdienste sinken erstmals seit Gründung der Bundesrepublik
2. Hartz IV – weil der Lohn nicht reicht
3. Geringverdiener wollen nicht aufstocken
4. Westerwelle hat sich verrechnet
5. Die Wohlfahrtssysteme der 27 Mitgliedsländer der Europäischen Union: Politisch limitierter Pluralismus
6. Betriebsräte: Mit Konfliktbereitschaft zu sozialeren Innovationen
7. Geiselnahme von Managern: Schlafstörung bei Siemens
8. "Deutsches Lohndumping sprengt die Währungsunion"
9. Elmar Altvater: Geschröpfte Schweine
10. EZB will Ratingagenturen beschneiden
11. Niedrigere Gebühren, höhere Löhne, mehr Gestaltungsspielraum
12. Ehemaliger Richter am Bundesgerichtshof zum BVerfG-Urteil: „Kein Sieg für den Datenschutz"
13. Terror-Angst schlägt Datenschutz
14. Kampf für freie Datenleitungen
15. Keiner braucht Amflora – außer BASF
16. So zockt der CDU-Mann Mieter ab
17. Im Bundestag notiert: Spenden
18. stern-Umfrage zu NRW: Diesmal zahlt Rüttgers
19. Bildungsexperte bemängelt prekäre Beschäftigungsverhältnisse auf dem Weiterbildungsmarkt
20. SPD-Fraktion fordert Bafög-Ausweitung anstelle von Stipendien für Studierende
21. Universität Österreich 2025

Vorbemerkung: *Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.*

1. **2009: Bruttoverdienste sinken erstmals seit Gründung der Bundesrepublik**

Nach ersten Ergebnissen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen des Statistischen Bundesamtes (Destatis) sind die durchschnittlichen Bruttoverdienste aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Deutschland im Jahr 2009 um – 0,4% auf rund 27 648 Euro gesunken. Dies ist der erste Rückgang der Verdienste in der Geschichte der Bundesrepublik.
Verantwortlich für den Rückgang der rechnerischen Pro-Kopf-Verdienste sind hauptsächlich der Ausbau der Kurzarbeit und der Abbau von Überstunden. Die neue Buchung der Beiträge zur privaten Krankenversicherung als Sozialbeitrag wirkte ebenfalls verringernd. Seit dem 1. Januar 2009 besteht für alle Bürgerinnen und Bürger eine Krankenversicherungspflicht. Die Arbeitgeberzuschüsse zur privaten Krankenversicherung, die bisher den Bruttolöhnen zugerechnet wurden, werden jetzt als Arbeitgebersozialbeitrag klassifiziert. Ohne diese Neuklassifikation wären die durchschnittlichen Bruttoverdienste nur um 0,2% gesunken.
Im Gegensatz zu den Pro-Kopf-Verdiensten sind die Bruttoverdienste je Stunde insbesondere durch den Abbau von Guthaben auf Arbeitszeitkonten um 3,0% gestiegen. Die Arbeitnehmer erhielten 2009 das Entgelt für die Arbeit, die sie in den Vorjahren bereits erbracht haben.
Besonders stark betroffen war das Verarbeitende Gewerbe. Hier sanken die Pro-Kopf-Verdienste um 3,6% während auf Stundenbasis ein Zuwachs von 4,4% zu beobachten war. Auch die Lohnstückkosten, die die Relation von Arbeitskosten und Wertschöpfung darstellen, stiegen in diesem Wirtschaftsbereich besonders stark an (+ 15,3%).
Quelle: Statistisches Bundesamt

Anmerkung WL: *CDU und FDP müssen nun wohl ihre Parole ändern. „Mehr Netto vom Brutto“ geht nicht mehr. Jetzt müsste es einfach heißen: Mehr Brutto.*

2. **Hartz IV – weil der Lohn nicht reicht**
Die Zahl der arbeitslosen Hartz IV-Empfänger hat sich von 2,827 Mio. im September 2005 auf 2,206 Mio. im September 2009 und damit um rd. 620.000 bzw. um 22 Prozent verringert. Zugleich erhöhte sich die Zahl der erwerbstätigen Hartz IV-Empfänger von 951.000 auf 1,366 Mio. im Herbst 2009. Dies sind gut 400.000 bzw. 43,6 Prozent mehr als vier Jahre zuvor.
Auf zehn Arbeitslose im Hartz IV-System kommen rechnerisch bereits sechs Hartz IV-Empfänger, die erwerbstätig sind, davon aber nicht leben können. Ungeachtet dieser Faktoren singen einige Regierungspolitiker und Teile der Medien das Lied der vermeintlichen Schmarotzer, die nicht arbeiten wollen und sich auf Hartz IV-Niveau ausruhen. Doch wie sieht die Wirklichkeit tatsächlich aus?
Quelle: DGB arbeitsmarktaktuell [PDF – 172 KB]

3. **Geringverdiener wollen nicht aufstocken**
   Etwa 500.000 Vollzeitbeschäftigte in Deutschland nehmen ihren Anspruch auf staatliche Leistungen nicht wahr. Dies ist ein Zwischenergebnis aus einer von der Hans-Böckler-Stiftung geförderten Studie. Offenbar schämen sich viele für die Hartz-IV-Unterstützung.
   Quelle 1: Tagesspiegel
   Quelle 2: Böcklerimpuls [PDF – 431 KB]

   Anmerkung WL: *Mit interessanten Daten und Grafiken.*

4. **Hartz-IV-Debatte: Westerwelle hat sich verrechnet**
   „Wer arbeitet, wird zum Deppen der Nation." Guido Westerwelle saß offenbar einem Rechenfehler auf, als er diesen vollmundigen Ausspruch formulierte. Vorgänger Wolfgang Gerhardt rügt den FDP-Chef.
   Quelle: Focus

   Anmerkung RS: *Es fragt sich, ob Westerwelle sich tatsächlich verrechnet oder seine Behauptungen wider besseren Wissens aufgestellt hat.*

5. **Die Wohlfahrtssysteme der 27 Mitgliedsländer der Europäischen Union: Politisch limitierter Pluralismus**
   - Bisher wurde der empirisch gegebenen Vielfalt der Wohlfahrtssysteme in der Europäischen Union zu wenig Beachtung geschenkt. Eine erstmals alle Länder der EU einbeziehende Publikation legt diese große Bandbreite offen.

   - Zwar lassen sich immer wieder Gemeinsamkeiten zwischen den europäischen Wohlfahrtssystemen feststellen, allerdings überwiegen die Unterschiede. Der ausgeprägte Pluralismus steht einerseits im Widerspruch zu klassischen Typenbildungen und Kategorisierungen in der Wohlfahrtsforschung, anderseits zeichnen sich aber zunächst auch keine neuen, sinnvollen Cluster etc. ab.

   - Insgesamt stellt sich damit erneut die Frage nach einem europäischen Kern der Wohlfahrtssysteme. Entgegen der auf Homogenisierung und Vereinheitlichung setzenden Diskussion um ein »Europäisches Sozialmodell « erscheint es empirisch begründet und politisch-praktisch sinnvoller, von einem »politisch limitierten Pluralismus« zu sprechen: Gesellschaftliche Interessenskonflikte werden anerkannt, aber nicht grundsätzlich gelöst, sondern in ihrer Intensität auf ein Niveau abgesenkt, welches Kooperation und Kompromissfindung generell

ermöglicht.

Quelle: Friedrich-Ebert-Stiftung Internationale Politikanlyse [PDF – 1.1 MB]

6. **Betriebsräte: Mit Konfliktbereitschaft zu sozialeren Innovationen**
   Wie funktioniert das Zusammenspiel von Geschäftsführung und Arbeitnehmervertretung im Innovationsprozess? Das kommt auf den Betriebsrat an, haben Martin Schwarz-Kocher, Jürgen Dispan, Ursula Richter und Bettina Seibold vom Stuttgarter IMU-Institut herausgefunden. Die Sozialforscher haben 14 Industriebetriebe untersucht, in denen der Betriebsrat bei Innovationen mitredet – und oft einiges für die Beschäftigten herausholt.
   - Betriebsräte wissen mehr als Manager
   - Betriebsratskonzepte verbinden wirtschaftliche Ziele mit guten Arbeitsbedingungen
   - Betriebsräte stellen sicher, dass Veränderungen für die Belegschaft akzeptabel sind
   - Ohne Konflikte geht es nicht

   Quelle: Böckler Impuls 03/2010

7. **Geiselnahme von Managern: Schlafstörung bei Siemens**
   Halten Beschäftigte zwei Manager als Geisel – oder sitzen sie freiwillig fest? Nun trifft die "höchste landesübliche Eskalationsstufe" Siemens, wie der Konzern selbst formuliert. Ein Fall für Frankreichs Industrieminister.
   Quelle: FR
8. **"Deutsches Lohndumping sprengt die Währungsunion"**
   Maßvolle Tarifabschlüsse, mehr Wettbewerbsfähigkeit: Das deutsche Modell, durch jahrelange Lohnzurückhaltung die Marktposition zu verbessern, gilt als Vorbild für EU-Staaten wie Griechenland. Falsch, sagt Ökonom Heiner Flassbeck. Das deutsche Lohndumping sei schuld daran, dass die Währungsunion nun vor einer Zerreißprobe stehe.
   "Wir haben kein Griechenlandproblem, sondern ein Deutschlandproblem", sagt Heiner Flassbeck, Chefökonom bei der UN-Organisation für Handel und Entwicklung (Unctad)

in Genf. Sein Vorwurf: Durch systematisches Lohndumping grabe Deutschland den anderen EU-Staaten Marktanteile ab. Als einzige große Volkswirtschaft der Währungsunion habe die Bundesrepublik ihren globalen Marktanteil zwischen 2000 und 2010 stabilisiert, während die anderen dramatisch verloren haben.
Quelle: manager-magazin

Anmerkung unseres Lesers G.K.: *Die von den neoliberalen Kritikern einer Neuausrichtung der Lohnpolitik innerhalb der Eurozone vorgebrachten Argumente weisen deutliche Schwachstellen auf:*

- Deutschland soll nach dem Willen der neoliberalen Wirtschafts-"Experten" auch in den kommenden Jahren eine "moderate" Lohnpolitik betreiben. In Kombination mit einer Lohnsenkung in Italien, Spanien, Portugal, Irland und Griechenland würde die Euro-Zone höchstwahrscheinlich den Marsch in die Deflation antreten. Die Folgen: Chronische Wachstumsschwäche und eine steigende Arbeitslosigkeit. Die von der Europäischen Zentralbank vorgegebene Zielinflationsrate in Höhe von knapp 2 Prozent würde mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht nur in den unter dem Verlust der Wettbewerbsfähigkeit leidenden Staaten, sondern innerhalb der gesamten Euro-Zone unterschritten werden.

- Nicolaus Heinen von Deutsche Bank Research argumentiert im obigen Artikel, über eine "Steuerstrukturreform" solle der Konsum in Deutschland gesteigert werden. Steuersenkungen kommen jedoch zumeist den besserverdienenden Bevölkerungsschichten zu Gute und werden wegen deren hoher Sparquote dem privaten Verbrauch und damit dem Binnenmarkt zu nicht unwesentlichen Teilen entzogen. Darüber hinaus sind deutsche Steuersenkungen kein adäquates Mittel, um den auch aus dem hiesigen Lohndumping resultierenden enormen Wettbewerbsverzerrungen innerhalb der Eurozone entgegenzuwirken.

9. **Elmar Altvater: Geschröpfte Schweine**
   Halb Europa prügelt auf Griechenland und andere hochdefizitäre Staaten ein. Dabei können die Banken mit der Situation mehr als zufrieden sein.
   Quelle: Die Wochenzeitung WOZ
10. **EZB will Ratingagenturen beschneiden**
    Alles hängt von Moody's ab: Senkt die Ratingagentur die Bonitätsnote Griechenlands,

dann könnten hellenische Banken von der EZB-Finanzierung abgeschnitten sein. Die Zentralbank findet das inakzeptabel – und denkt über Alternativen nach. Mit Blick auf Griechenland, dessen Refinanzierung von dem Urteil von Moody's abhängt, sagte EZB-Ratsmitglied Ewald Nowotny: *"Das Schicksal Griechenlands, und, etwas dramatischer ausgedrückt, Europas hängt vom Urteil einer einzigen Ratingagentur ab. Das ist eine nicht hinnehmbare Situation."*
Nowotny stellte Änderungen in Aussicht: *"Wir können die Ratingagenturen nicht verändern. Wir können aber die Abhängigkeit von ihnen verringern."* Sein Vorschlag: Die EZB erstellt selbst Ratings. "Das Problem der Agenturen ist, dass sie wie eine Black Box sind. Eine Zentralbank kann die wirtschaftlichen Aussichten eines Landes besser einschätzen als drei Analysten, die in einem New Yorker Büro sitzen", sagte Nowotny.
Quelle: FTD

Anmerkung Orlando Pascheit: *Bereits seit längerem wundern sich die NDS darüber, dass die stolze EZB sich von einigen privaten Ratinganbietern abhängig macht. Vor einigen Tagen haben wir daraufhin gewiesen, dass die EZB wenigstens die Länderratings selbst übernehmen sollte, und siehe da … Aber Scherz beiseite, es wird höchste Zeit. Man braucht heute nicht mehr zu betonen, welche verheerende Rolle die Ratingagenturen in der bis heute andauernden Krise spielte, aber Konsequenzen wurden bisher nicht gezogen. Die völlig falsche Einschätzung z.B. von Lehman bezogen auf ganze Volkswirtschaften ist erst recht nicht hinnehmbar. Also freuen wir uns, wenn die EZB einige Mitarbeiter für diese Aufgabe abstellen sollte. Natürlich wird das nicht einfach. Ich meine nicht die Bewertung an sich, aber eine Länderbewertung ist ein Politikum erster Ordnung. Hier könnte die hochgehaltene Unabhängigkeit der EZB sinnvollerweise zum Zuge kommen.*

11. **Niedrigere Gebühren, höhere Löhne, mehr Gestaltungsspielraum**
Immer mehr Kommunen versuchen, Fehlentwicklungen der Privatisierungswelle zu korrigieren – und entdecken sich wieder als Arbeitgeber.
Quelle: Telepolis
12. **Ehemaliger Richter am Bundesgerichtshof zum BVerfG-Urteil: „Kein Sieg für den Datenschutz"**
Durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Vorratsdatenspeicherung habe die Freiheit Schaden genommen, betont der Linken-Politiker Wolfgang Neskovic. Der stellvertretende Vorsitzende des Bundestagsrechtsausschusses kritisierte, dass künftig die Speicherung ohne Anlass möglich werde.
Quelle 1: Deutschlandradio (Text)

Quelle 2: Deutschlandradio (Audio-Podcast)

13. **Terror-Angst schlägt Datenschutz**
Karlsruhe hat ein halbherziges Urteil gesprochen und alle Bürger unter Generalverdacht gestellt. Die FDP muss verhindern, dass es zu einer Neuauflage der Vorratsdatenspeicherung kommt.
Quelle: FR

Anmerkung Volker Bahl: *Und eine weitere Erosion des Grundgesetzes. Jetzt also sozusagen das Ende des Grundrechtes auf "Informationelle Selbstbestimmung", die das Gericht noch im Volkszählungsurteil festgeschrieben hatte. – Also mit dem "Lissabon-Urteil" das Ende eines Sozialstaatsverständnisses, das jenseits der Unternehmerwillkür noch Gegenkräfte (z.B.Tarifautonomie) kannte, mit dem "Hartz-Urteil" die Beseitigung eines sozial festen "Existenzminimums" – und nicht nur nach öffentlicher Kassenlage nach rund 10 Jahren politisch vorangetriebener "Entstaatlichung". Und jetzt eben die Beseitigung des Grundrechtes auf informationelle Selbstbestimmung. So treiben die obersten Hüter der Verfassung die Erosion der Grundrechte – des unveränderlichen Kerns unseres Verfassungsverständnisses – selbst weiter voran.*

14. **Kampf für freie Datenleitungen**
Die USA verstärken den Kampf gegen die weltweit zunehmende Zensur im Internet. Sie machen das Thema zu einem wichtigen Teil ihrer Aussenpolitik. Andere Staaten schränkten die Meinungsbildung im Internet laufend ein.
Quelle: NZZ
15. **Keiner braucht Amflora – außer BASF**
Keiner braucht Amflora. Die Bauern nicht, die Stärke-Industrie nicht, die Verbraucher nicht. Keiner? Doch. Der Chemiekonzern BASF braucht sie. Nicht um damit großartig Geld zu verdienen. Sondern um mitspielen zu können auf dem Gebiet der Agro-Gentechnik. Denn im Gegensatz zu den Global Playern wie Monsanto, Pioneer, Syngenta oder Bayer hat BASF auf diesem Sektor bislang nichts zu bieten. Ludwigshafen hechelt hinterher. Angesichts des Konkurrenzdrucks kam nicht nur dem Konzern die Vernunft abhanden, sondern die Industrieinteressen verstellten auch dem neuen EU-Gesundheitskommissar John Dalli den Blick auf die Realität.
Der Malteser traf eine Entscheidung, die aus Sicht des Gesundheits- und Verbraucherschutzes bedenklich ist: Denn Amflora enthält eine Resistenz gegen Antibiotika wie sie in der Humanmedizin eingesetzt werden. Mit der Zulassung ignoriert Dalli Warnungen der Weltgesundheitsorganisation WHO. Er handelt fahrlässig, denn Amfloras Reste können auf dem Umweg über Tierfutter in der

menschlichen Nahrungskette landen. In Spuren nur, aber immerhin.
Quelle: FR

16. **So zockt der CDU-Mann Mieter ab**
Schimmel, undichte Fenster, kaputte Rohre: Thorsten Kuhlmann verlangt für seine Bruchbuden in Eilbek Horror-Preise. Fantasie-Quadratmeter, Wahnsinns-Mieten – warum macht die Arge das mit? "Wir haben kein Recht, die Wohnungen unserer Leistungsbezieher nachzumessen", so Horst Weise, Sprecher von "team.arbeit.hamburg".
Quelle: Hamburger Morgenpost

Dazu:

Abzock-Vermieter: Sozialsenator wusste alles
Der Fall von Abzock-Vermieter Thorsten Kuhlmann (47) hat nun möglicherweise auch politische Konsequenzen. Dirk Kienscherf von der SPD wirft Sozialsenator Dietrich Wersich (CDU) "Vetternwirtschaft hoch drei" vor und fordert ihn auf, "Konsequenzen" zu ziehen – sprich: zurückzutreten.
Quelle: Hamburger Morgenpost

17. **Im Bundestag notiert: Spenden**
Die CDU hat im Februar 2010 eine Spende in Höhe von 125.000 Euro von der Deutschen Vermögensberatung AG aus Frankfurt/Main erhalten. Zudem ging eine weitere Spende der Allfinanz Deutsche Vermögensberatung AG in Höhe von 75.000 bei der Union ein. Dies geht aus einer Unterrichtung (17/769) durch den Bundestagspräsidenten Norbert Lammert (CDU) hervor.
Quelle: Deutscher Bundestag [PDF – 124 KB]
18. **stern-Umfrage zu NRW: Diesmal zahlt Rüttgers**
In der Umfrage sackte die CDU im Vergleich zu der Erhebung Anfang Februar um 3 Punkte ab. Sie würde derzeit nur noch auf 38 Prozent der Stimmen kommen. Die FDP stagniert bei 6 Prozent, so dass sich für beide Parteien zusammen nur 44 Prozent ergeben würden. Die SPD verbessert sich um 2 Punkte auf 34 Prozent. Die Grünen liegen stabil bei 11 Prozent. Beide Parteien gemeinsam hätten mit zusammen 45 Prozent ebenfalls keine Mehrheit. Die Linke liegt bei 6 Prozent (+1).
Quelle: STERN

Dazu:

FDP macht noch ein Pünktchen

Die Liberalen sind immer noch Kilometer von ihrem Bundestagswahlergebnis entfernt, aber sie holen ein bisschen auf. Dafür verlieren die Linken – aber auch nur ein bisschen. Die Union kommt wie in der Vorwoche auf 35 Prozent. Auch die Werte für SPD und Grüne änderten sich nicht: 22 Prozent der Deutschen würden derzeit die Sozialdemokraten wählen, 16 Prozent für die Grünen stimmen. Die Linken fielen um einen Punkt auf 11 Prozent. Für "sonstige Parteien" würden sich erneut 7 Prozent der Wähler entscheiden.
Quelle: STERN

Anmerkung Orlando Pascheit: *Trotz der generellen Skepsis gegenüber Umfragen irritiert doch, dass die Hartz-IV-Kampagne Westerwelles der FDP nicht schadet – im Gegenteil. In NRW kann sich die CDU durchaus auf die Vergesslichkeit des Wählers verlassen. Die Opposition kann nicht ewig von der Sponsoring-Affäre zehren.*

19. **Bildungsexperte bemängelt prekäre Beschäftigungsverhältnisse auf dem Weiterbildungsmarkt: Auf Honorarbasis, befristet und ohne Sozialversicherung**
Rolf Dobischat beklagt die zunehmend schlechteren Bedingungen für Lehrer im Bereich der Weiterbildung. Sollte die Prekarisierung der Beschäftigten fortschreiten, sei die Qualität der Lehre langfristig nicht sicherbar.
Quelle 1: Deutschlandradio (Text)
Quelle 2: Deutschlandradio (Audio-Podcast)

Anmerkung eines Nachdenkseiten-Lesers: *Diese Situation gibt es mittlerweile fast im gesamten Spektrum sozialer Dienstleistungen wie Kinder- und Jugendbetreuung Sozialberatung, Migrantenbetreuung. Da sind im z.B. kommunalen Haushalt zwischen 9 und 10 Euro für die Stunde vorgesehen, davon sind ca. 2 Euro für Verwaltung, und der Rest ist der Bruttolohn. Im Bereich Altenpflege läuft es etwas besser, weil qualifiziertes Personal sich noch eher den Arbeitsplatz und die Arbeitsbedingungen aussuchen kann. Die nächste Baustelle ist dann die ehrenamtliche Tätigkeit. Es wird den Leuten einfach ein Stundenlohn unter der Hand angeboten und sie sind dann entsprechend viele Stunden im Monat tätig. 2.100 Euro ist derzeit die jährliche Höchstgrenze, die so nebenher verdient werden kann. Steuer- und abgabenfrei.*

20. **SPD-Fraktion fordert Bafög-Ausweitung anstelle von Stipendien für Studierende**
Die SPD-Fraktion lehnt die Pläne der Bundesregierung ab, einen bestimmten Anteil

von Studierender aufgrund ihrer Leistungen mit einem monatlichen Stipendium zu fördern. Stattdessen fordert sie in einem Antrag (17/884) die Ausweitung der Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (Bafög).
Das deutsche Bildungssystem sei noch immer hochselektiv, heißt es in dem Antrag. Ein "starkes und leistungsfähiges Bafög" könne dem entgegenwirken. Die Abgeordneten begrüßen, dass die Bundesmittel für das Bafög bis 2009 auf 1.433 Milliarden Euro gestiegen sind. Durchschnittlich erhielten laut des 18. Bafög-Berichtes Studierende 398 Euro und Schüler 321 Euro monatlich. Die Gesamtzahl der Geförderten sei jedoch leicht gesunken, auf 330.000 bei den Studierenden und 192.100 bei den Schülern.
Deshalb stellt die SPD-Fraktion einen Forderungskatalog zur Ausweitung der Bafög-Leistungen auf: So soll die Altersgrenze für den Bafög-Bezug von heute maximal 30 Jahren bei Ausbildungsbeginn auf 35 Jahre erhöht werden, bei Master-Studiengängen auf 40 Jahre.
Die Förderungshöchstdauer, die heute der Regelstudienzeit entspricht, soll um zwei Semester verlängert werden. Beim Überschreiten dieser Grenze sollen Studierende ein unverzinsliches Darlehen für maximal zwei Semester erhalten können. Zur Zeit ist ausschließlich die Gewährung eines verzinsten Darlehens möglich.
Quelle: bildungsklick

21. **Universität Österreich 2025**
Analysen und Empfehlungen zur Entwicklung des österreichischen Hochschul- und Wissenschaftssystems.
Quelle: Wissenschaftsrat at. [PDF – 5.6 MB]

Anmerkung WL: *Für wissenschaftspolitisch Interessierte ein ganz interessanter Blick auf unser südliches Nachbarland.*